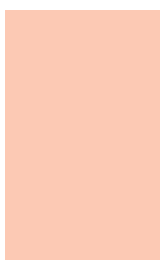




Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Bewertung des Rahmens für die  
jugendpolitische Zusammenarbeit  
in Europa einschließlich  
der besseren Kenntnis  
der Jugendlichen



## Inhalt

<b>I. Bewertung des Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa</b> .....	4
Frage 1: Wie bewerten Sie den letzten Zyklus der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene? .....	4
Antwort 1: .....	4
Frage 2: Hat der derzeitige Kooperationsrahmen Fortschritte hinsichtlich der politischen Zielsetzung auf nationaler oder regionaler Ebene ermöglicht (Bürgerschaftsprioritäten, soziale und berufliche Integration, stärkere Berücksichtigung der Jugend in anderen Politikbereichen)? .....	6
Antwort 2: .....	6
Frage 3: Denken Sie, dass die wichtigsten politischen Instrumente des Kooperationsrahmens (Offene Methode der Koordinierung, Europäischer Jugendpakt, Mainstreaming) angemessen waren? .....	9
Antwort 3: .....	9
Frage 4: Was sind, gemäß Ihrer Analyse, die wichtigsten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen für die Jugend, die von der Jugendpolitik in den kommenden Jahren in Angriff genommen werden sollen? .....	13
Antwort 4: .....	13
Frage 5: Welches sind die Herausforderungen auf europäischer Ebene? .....	17
Antwort 5: .....	17
Frage 6: In Anbetracht Ihrer Analyse der Vergangenheit und der zukünftigen Herausforderungen: welche Innovationen und verbesserten Instrumente könnten in den kommenden Jahren entwickelt werden? Welche Instrumente wären für welche Priorität geeignet? Welche Hilfsmittel könnten ins Auge gefasst werden, um die Effizienz der Zusammenarbeit zu verbessern? .....	18
Antwort 6: .....	18
<b>II. Fragen zur Erreichung der gemeinsamen Ziele für ein besseres Verständnis und eine bessere Kenntnis der Jugendlichen</b> .....	22
Frage 1: Beschreiben Sie bitte die nationale Situation zum Zeitpunkt der Annahme der gemeinsamen Ziele zum besseren Verständnis und zur besseren Kenntnis der Jugendlichen im Jahre 2004 (Ausgangspunkt). .....	22
Antwort 1: .....	22
Frage 2: Welche Maßnahmen wurden getroffen, um den Wissensstand im Jugendbereich festzustellen, zu gliedern, zu ergänzen und regelmäßig zu aktualisieren? .....	23
Antwort 2: .....	24
Frage 3: Welche angemessenen Instrumente und Methoden sind entwickelt worden, um Verständnis und Kenntnis im Jugendbereich zu verstärken und die Verwertung von Ergebnissen zu erleichtern? .....	25
Antwort 3: .....	25
Frage 4: Wie sind Austausch und strukturierter Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren im Hinblick auf die Erlangung eines besseren Verständnisses und besserer Kenntnis der Jugend organisiert worden? .....	26
Antwort 4: .....	26

Inhalt

Seite 3

Inhalt

◀ zurück

weiter ▶

Frage 5: Denken Sie, dass die Instrumente, die von der Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europarat entwickelt wurden, geholfen haben, die Zusammenstellung, Veröffentlichung und Verbreitung des Wissens über die Jugend zu organisieren und solches Wissen zu ergänzen und regelmäßig zu aktualisieren? .....	27
Antwort 5: .....	27
Frage 6: Auf welche Schwierigkeiten (Verwaltungsschwierigkeiten, Mangel an Mitteln, Mangel an Infrastruktur usw.) trafen Sie bei der Umsetzung der gemeinsamen Ziele und mit welchen Zielen hatten Sie den meisten Erfolg? .....	27
Antwort 6: .....	28
Anhang .....	39

## I.

## Bewertung des Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa

### Frage 1:

Wie **bewerten** Sie den letzten Zyklus der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene? Worin bestanden die Haupterrungenschaften und -schwierigkeiten?

### Antwort 1:

Die jugendpolitische Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten wurde intensiviert, um den europäischen Einigungsprozess zu unterstützen und um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen mit einer starken gemeinsamen Politik für junge und von jungen Menschen begegnen zu können.

Mit dem Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend“ und der anschließenden Bearbeitung zentraler Jugendthemen im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung wurde 2002 der Grundstein für eine aufeinander bezogene jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa gelegt. Darin liegt das entscheidende Verdienst des in Kürze zu Ende gehenden ersten Zyklus der neuen jugendpolitischen Kooperation. Sie ermöglichte den Mitgliedstaaten, sich – bei aller Unterschiedlichkeit jugendpolitischer Traditionen, Strukturen und Konzepte – über wichtige Eckpunkte einer gemeinsamen Jugendpolitik auf europäischer Ebene zu verständigen.

Mit dem in 2005 hinzugekommenen Europäischen Pakt für die Jugend ist es gelungen, junge Menschen als wichtige Partner zur Umsetzung der Lissabon-Strategie erstmalig ins wirtschaftspolitische Blickfeld zu rücken. Spürbarste, mittelbare Folge auf allen Ebenen war eine verbesserte Nutzbarkeit des Europäischen Sozialfonds für Beschäftigung und Mobilität fördernde Programme für junge Menschen.

Einen bemerkenswerten Versuch zu mehr Bürgernähe und Jugendbeteiligung an politischer Entscheidungsfindung stellt schließlich der in 2006 vom EU-Jugendministerrat beschlossene Strukturierte Dialog mit Jugendlichen dar, auch wenn die angemessenen Umsetzungsformen noch weiterentwickelt werden müssen.

Das aktuelle Europäische Programm „Jugend in Aktion“ bietet – ergänzend zu den nationalen Förderprogrammen des Kinder- und Jugendplans des Bundes – einer wachsenden Zahl junger Menschen u. a. Gelegenheit, sich in Europa sozial und politisch zu engagieren

und so **Europakompetenz** zu erwerben. Zugleich stellt es ein wesentliches Instrument zur Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend dar und fördert die Umsetzung des strukturierten Dialogs auf lokaler und regionaler Ebene.

Der gemeinsame jugendpolitische Aufbruch der Mitgliedstaaten der EU leitete den notwendigen Kommunikationsprozess zwischen den Mitgliedstaaten ein und wurde mithilfe der EU-Kommission und dem Dialog mit jungen Menschen in Europa ein Stück weit vorangebracht.

Zahlreiche Initiativen wurden in gemeinsamen Anstrengungen des Rates und der Kommission, meist in der Form von Ratsentschlüssen, befördert. Das Europäische Jugendforum hat im Rahmen der Europäischen Jugendwochen, bei Jugendevents der Präsidentschaft und bei den regelmäßigen Ministerforen mit Jugendlichen am Rande der Jugendministerräte zur Weiterentwicklung der europäischen Kooperation beigetragen.

Dennoch gibt es auch zahlreiche Indizien, die dafür sprechen, dass zwischen der rasanten Produktion von gemeinsamen politischen Willensbekundungen und der konkreten Umsetzung in den Mitgliedstaaten eine erhebliche Kluft besteht. Denn ungeachtet inhaltlicher Ausweitungen und zusätzlicher EU-Instrumente entfaltet die bisherige Kooperation – gemessen am Anspruch – in den Mitgliedstaaten zu wenig messbare Wirkungen.

Dies gilt sowohl für den konkreten Nutzen für die Jugendlichen als auch hinsichtlich der politischen Sichtbarkeit auf der nationalen Ebene.

Auch ist es in Deutschland bisher nicht gelungen, die nötige politische Aufmerksamkeit für die gemeinsam verabschiedeten Ziele, Inhalte und Instrumente der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich zu erzielen. Dies hat mehrere Ursachen:

Eine liegt darin, dass zentrale Themenfelder der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa, nämlich Jugendpartizipation, freiwilliges Engagement, Jugendforschung oder die Integration benachteiligter Jugendlicher, bereits seit Jahrzehnten im Zentrum jugendpolitischer Aktivitäten (und Förderung) des Bundes, der Länder und Kommunen stehen. Daher muss der europäische Mehrwert der EU-Initiativen erst sichtbar gemacht werden.

Wenn die Empfehlungen der EU-Jugendminister in Deutschland auf ein bereits gut bestelltes Feld treffen, spricht dies in der Regel dafür, dass es gelungen ist, deutsche Erfahrungen und Perspektiven in die europäische Debatte und Beschlüsse einzubringen. Aber zugleich ist es schwierig, nationale jugendpolitische Errungenschaften direkt auf europäische Impulse zurückzuführen.

Eine weitere Ursache wird in der föderalen Verfasstheit der Bundesrepublik gesehen. Jugendpolitik liegt im Wesentlichen in der Zuständigkeit der Bundesländer und der Kommunen, die auch für die Finanzierung entsprechender Leistungsstrukturen und Angebote verantwortlich zeichnen. Diese relative Planungs- und Entscheidungsautonomie ist ein wichtiges Element des demokratischen Selbstverständnisses der verantwortlichen Akteure in den Behörden und Verbänden. Aus der Warte vieler regionaler und lokaler staatlicher und nicht-

staatlicher Entscheidungsträger gibt es daher wenig Anlass, ihre eigenen (erfolgreichen) jugendpolitischen Strategien explizit an den supranationalen Zielsetzungen der Union auszurichten, zumal sie sich an deren Zustandekommen nicht oder nur sehr mittelbar beteiligt fühlen.

Vor diesem Hintergrund fällt es vielen jugendpolitischen Akteuren nicht leicht, den Mehrwert der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) und des Europäischen Jugendpakts zu erkennen.

Während beim EU-Jugendprogramm Programmatik und Finanzierung eine Einheit bilden, stehen bei den Prioritäten der OMK, beim Europäischen Jugendpakt oder beim Strukturierten Dialog die gemeinsamen politischen Absichtserklärungen bzw. Zielvorgaben im Vordergrund.

Das heißt, in der Regel ist die Finanzierung der Umsetzungsmaßnahmen Angelegenheit der nationalen bzw. regionalen Akteure. Allerdings gibt es inzwischen zunehmend Möglichkeiten der Co-Finanzierung aus Mitteln des ESF und des Europäischen Jugendprogramms. Aber auch dieser Erfolg der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa wird als solcher nicht in ausreichendem Umfang zur Kenntnis genommen. Vielmehr werden nicht allein von kommunaler Seite nach wie vor ein Mangel an kontinuierlicher und aufbereiteter Information über die europäischen Prozesse im Jugendbereich beklagt und der mit EU-Förderungen einhergehende erhebliche Verwaltungsaufwand gescheut.

Die Bundesregierung regt daher für die nächste Phase der jugendpolitischen Zusammenarbeit einen Strategiewechsel an, der auf eine Verringerung der Komplexität und einen expliziten Praxisbezug hinwirkt und gleichzeitig durch die gezielte Zusammenführung der jugendpolitischen Instrumente eine stärkere politische Durchsetzungskraft entfaltet. Darauf wird in der Antwort auf Frage 6 näher eingegangen.

## Frage 2:

Hat der derzeitige Kooperationsrahmen Fortschritte hinsichtlich der **politischen Zielsetzung** auf nationaler oder regionaler Ebene ermöglicht (Bürgerschaftsprioritäten, soziale und berufliche Integration, stärkere Berücksichtigung der Jugend in anderen Politikbereichen)? Welche **Rolle** spielte der EU-Kooperationsrahmen auf nationaler oder regionaler Ebene in Ihrem Land? Wie hat er Ihre Politik beeinflusst?

## Antwort 2:

In der Bundesrepublik war der derzeitige Kooperationsrahmen insbesondere für die Entwicklung des Bereichs „Jugendinformation“ hilfreich. Unter Bezugnahme auf die gemeinsamen europäischen Zielsetzungen hat gerade dieses Arbeitsfeld in Deutschland einen qualitativen Sprung vollzogen. So wurde zum Beispiel ein eigenes nationales Netzwerk gebildet und die Jugendinformation quantitativ ausgebaut. Ein eigener Qualitätskatalog für Dienste

und Einrichtungen der Jugendinformation wurde erarbeitet und vom Netzwerk gemeinsam verabschiedet.

Wie in Antwort 1 bereits erwähnt, ist die Jugendpolitik in Deutschland auch im Hinblick auf die weiteren Prioritäten und deren Zielsetzungen der Offenen Koordinierungsmethode (Partizipation, freiwillige Aktivitäten) traditionell gut aufgestellt. Auch der Erkenntnisstand über die Jugend und deren Lebenssituation (s. auch den zweiten Teil der Stellungnahme) zeichnet sich durch eine vielfältige, institutionell und materiell gut abgesicherte Jugendforschung aus und wird durch mannigfache Forschungsaktivitäten (Jugendsurveys, Jugendberichte, thematische Jugendforschung etc.) kontinuierlich aktualisiert.

Bezogen auf den Europäischen Pakt für die Jugend sind die dadurch erzielten Fortschritte in der deutschen Jugendpolitik nicht eindeutig. Auch vor dem Paktjahr 2005 wurden in Deutschland zahlreiche Maßnahmen und Programme zur sozialen und beruflichen Integration sowie zur Förderung von Bildung und Ausbildung junger Menschen von Kommunen, Bundesländern und Bundesressorts aufgelegt. Allerdings hat Deutschland trotz seiner bis dahin erfolgten vielfältigen Aktivitäten den Europäischen Jugendpakt mit initiiert und sich seinerzeit aus der europäischen Zusammenarbeit einen Mehrwert versprochen. Möglicherweise haben die europäischen Vereinbarungen zur Reduzierung von Schulabbruchquoten in Deutschland zu einer größeren Sensibilität gegenüber dieser Fragestellung geführt. Insgesamt ist nach hiesiger Auffassung davon auszugehen, dass einschlägige Maßnahmen und Aktivitäten nach 2005 durchaus einen starken europäischen Rückenwind erfuhren und ESF-Mittel aufgrund des Jugendpakts vermehrt für jugendpolitische Maßnahmen genutzt werden können. Die Berücksichtigung der Belange junger Menschen in anderen Politikbereichen war durch Mitbeteiligungsverfahren bei Gesetzesvorhaben und Weisungsabstimmungsverfahren in Deutschland schon traditionell formal gut gewährleistet.

Die Zusammenarbeit zwischen den Bundesressorts hat sich seit der Einführung des Europäischen Jugendpakts intensiviert. Dennoch sind wir in Deutschland noch weit von einem „Jugendmainstreaming“ entfernt, das über formale Regelungen der Konsultation hinausgeht. Unmittelbare Auswirkungen hat der sich ausdifferenzierende EU-Kooperationsrahmen auf die jugendpolitische Fachwelt auf Bundesebene (z. B. AGJ, DBJR, Deutscher Verein, DJI, ISS: Einrichtung von Fachstellen, Arbeitsgruppen, Veranstaltungen u. a. m.). Auf Fachebene findet gegenwärtig eine viel regere Auseinandersetzung mit den jeweiligen Beschlüssen der EU-Jugendminister und neuesten jugendpolitischen Entwicklungen statt, als es noch vor 2002 der Fall war. Zahlreiche Arbeitsgruppen auf Bundesebene wurden inzwischen neu eingerichtet, Veranstaltungen zu EU-Themen durchgeführt und viele bemerkenswerte Positionspapiere publiziert.

Besonders hervorzuheben sind hier auch das Portal der Deutschen Agentur Jugend für Europa ([www.jugendpolitikineuropa.de](http://www.jugendpolitikineuropa.de)), das umfassend und in ansprechender Aufmachung über die jugendpolitischen Prozesse in Europa informiert, der Fachausschuss „Kinder- und Jugend(hilfe)politik in Europa“ der AGJ sowie die Task-Force Europäische Jugendpolitik beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die mittlerweile bereits ihre 31. Sitzung abhielt. Letzteres ist ein Expertengremium, das das Bundesjugendministerium kontinuierlich berät. Die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU blieb dennoch im

Großen und Ganzen ein exklusives Thema, mit der sich eine relativ überschaubare Anzahl von Fachleuten auf Bundesebene befasste. Eine nennenswerte Beeinflussung der Schwerpunktsetzung nationaler und regionaler Jugendpolitik aufgrund gemeinsamer europäischer Zielvorgaben ist für Deutschland leider nicht erkennbar.

Eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angeregte Befragung<sup>1</sup> von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe bestätigt diese Einschätzung. Die Mehrheit der Befragten (65%) meint, dass es mit dem derzeitigen Rahmen Fortschritte in der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa gegeben hat. Von diesen sehen jedoch knapp drei Viertel (78%) lediglich leichte Fortschritte. Die Wirkung der politischen Instrumente (Offene Methode der Koordinierung, Europäischer Jugendpakt, Querschnittspolitik) in ihrer Gesamtheit auf die deutsche Jugendpolitik wird von den Fachleuten uneinheitlich eingeschätzt. Während die eine Hälfte der Befragten (52%) allenfalls schwache oder keine Wirkung wahrnimmt, geht die andere Hälfte (48%) mehrheitlich von einer mittleren Wirkung aus.

Als Problem wird insbesondere angezeigt, dass die eigentliche potenzielle Stärke der europäischen Zusammenarbeit – nämlich, das gegenseitige Lernen der Akteure – bisher deutlich zu kurz kommt.<sup>2</sup>

---

1 Im Rahmen einer Online-Meinungsumfrage im August 2008 wurden über das Internetportal der Deutschen Agentur für die Umsetzung des europäischen Jugendprogramms „Jugend für Europa“ und das Fachkräfteportal „Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe“ zu ihren Einschätzungen „europäischer Jugendpolitik“ in enger Anlehnung an die Fragen der Kommission befragt. Beteiligt haben sich 141 Personen/Fachkräfte, 60 Frauen (43%) und 81 Männer (57%). Die jüngste teilnehmende Person ist 18 Jahre, die älteste 68 Jahre alt. Der Altersdurchschnitt aller Antwortenden liegt bei 38 Jahren. Die große Mehrheit (73%) ist berufstätig, eine Minderheit (20%) studiert oder besucht die Schule. Die restlichen Personen (7%) betätigen sich im Freiwilligenbereich, sind arbeitslos oder bereits im Ruhestand. Mit zwei Ausnahmen besitzen alle Antwortenden die deutsche Staatsbürgerschaft. Bis auf eine Minderheit (13%) geben die Umfrageteilnehmer an, dass ihre berufliche bzw. ehrenamtliche Tätigkeit Bezug zur europäischen Jugendpolitik hat. Die Untersuchung erhebt vor dem Hintergrund ihrer Untersuchungsanlage keinen Anspruch, das gesamte Spektrum der Meinungen der Fachkräfte abzubilden. Dessen ungeachtet lassen sich aus dieser Stichprobe wertvolle Anregungen für den Diskurs über europäische Jugendpolitik ziehen.

2 Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die befragten Fachkräfte gerade die Unterstützung des Praxisaustausches als eine Haupterrungenschaft der bisherigen europäischen Kooperation sehen. Gefragt wurde: „Wie bewerten Sie die bisherige jugendpolitische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene?“ Insgesamt fünf verschiedene Errungenschaften konnten markiert werden. Die Kategorie „Entwicklung eines Rahmens für den Austausch guter Praxis zwischen den Mitgliedstaaten“ erzielte dabei die besten Werte. Auf einer Skala von 1 (trifft voll zu) bis 6 (trifft gar nicht zu) kreuzte über ein Drittel (36%) der Antwortenden die eindeutig bejahenden Werte 1 oder 2 an. Nur 8% waren gegenteiliger Ansicht (und kreuzten die Werte 5 oder 6 an). Dies wirkt auf den ersten Blick widersprüchlich, da es, wie oben angedeutet, noch keinen ausreichend entwickelten Rahmen für das gegenseitige Lernen in der OMK-Jugend gibt. Es ist daher davon auszugehen, dass hier die positiven Erfahrungen mit den entsprechenden Angeboten des europäischen Jugendprogramms (JUGEND in Aktion) das Antwortverhalten beeinflussten. Ähnlich positiv wird auch die Förderung europäischen Bewusstseins durch die europäische Kooperation eingeschätzt (ein gutes Drittel der Antwortenden bejaht dies). Jedoch ist immerhin ein Fünftel gegenteiliger Ansicht. Zu einer Verbesserung der Teilhabechancen hat die Zusammenarbeit nach Ansicht der Fachkräfte jedoch noch nicht geführt. Fast ein Drittel sieht das Ziel „bessere Teilhabe“ nicht erreicht (31%), knapp ein Fünftel (18%) hingegen schon. Die „verbesserte Nutzbarkeit des Europäischen Sozialfonds“ sehen 27% und die „Stärkung der europäischen Dimension“ 23%.



### Frage 3:

Denken Sie, dass die wichtigsten politischen **Instrumente** des Kooperationsrahmens (Offene Methode der Koordinierung, Europäischer Jugendpakt, Mainstreaming) angemessen waren? Hatten die spezifischen **Hilfsmittel** dieser Instrumente irgendwelche Schwächen?

### Antwort 3:

Die Offene Methode der Koordinierung, der Europäische Jugendpakt, Jugendpolitik als horizontale Aufgabe (Jugendmainstreaming), die Beteiligung junger Menschen an jugendpolitischer Planung und Entscheidung in der EU (Strukturierter Dialog) werden grundsätzlich als wichtige jugendpolitische Instrumente für die jugendpolitische Kooperation in Europa angesehen. Sie sind prinzipiell geeignet, die Lebenslagen junger Menschen in Europa positiv mitzugestalten. Zugleich bestimmen sie die wesentlichen Themenbereiche gelingenden Aufwachsens: Schutz von Kindern und Jugendlichen; Bildung und Ausbildung; Chancengleichheit für alle und Integration; Übergänge von Schule in das Arbeitsleben; Mobilität und Beschäftigung; selbstbestimmtes Leben, Autonomie und bürgerschaftliches Engagement. Sie sind auch für die sektorübergreifende Zusammenarbeit in Deutschland sehr bedeutsam.

Die Themenfelder des Europäischen Jugendpakts überschneiden sich teilweise mit den OMK-Themen. Sie konzentrieren sich auf einige der zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderungen mit Jugendbezügen, wie die berufliche und soziale Integration junger Menschen durch Bildung, Ausbildung, Mobilität und dauerhafte Beschäftigung sowie die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Pakt und OMK unterstützen die wesentlichen Voraussetzungen für eine zukunftsweisende Jugendpolitik, die sich zum Ziel setzt, für gute Lebensbedingungen und Entwicklungschancen möglichst aller jungen Menschen die Rahmenbedingungen zu sichern.

Nach Auffassung der Bundesregierung ist allerdings die optimale Verknüpfung des OMK-Instrumentariums mit dem politischen Dach des Europäischen Jugendpakts noch nicht gelungen: Die OMK ist tendenziell immer noch ein komplexes Verfahren mit begrenzter Wirksamkeit und Sichtbarkeit, der Pakt ein politischer Themenkatalog ohne Umsetzungsstrukturen.<sup>3</sup>

Welche konkreten Schwachstellen wurden in Deutschland in der Anwendungspraxis der einzelnen Instrumente festgestellt?

---

<sup>3</sup> Zudem wird „europäische Jugendpolitik“ von vielen potenziellen Adressaten in den Verbänden, aber auch in den Behörden als kompliziertes, schwer durchschaubares, praxisfernes Politikfeld wahrgenommen. Ein Vertreter einer Länderbehörde formuliert dies so: „Die Wirksamkeit der Instrumente lässt sich schwer differenziert beurteilen. Insbesondere in der lokalen Praxis werden sie kaum in ihrer Funktion erkannt und erreichen damit bei den Jugendlichen nur eine sehr begrenzte Sichtbarkeit. Als Hauptschwäche wird angesehen, dass die europäische Ebene viel zu weit vom Alltagsleben der Jugendlichen entfernt ist. Darüber hinaus haben die europäischen Abstimmungsprozesse sehr wenig Bezug zu konkreten jungen Menschen.“

## Offene Methode der Koordinierung

Die Umsetzung der gemeinsamen jugendpolitischen Zielvorstellungen auf die regionale und lokale Ebene erweist sich in der Bundesrepublik Deutschland mit seinen föderalen Entscheidungsstrukturen und seinen zahlreichen bereits bestehenden Programmen und Projekten in den Handlungsfeldern der OMK als sehr zeitaufwändig und daher schwierig.<sup>4</sup>

Die produktive Umsetzung der im Rahmen der OMK verfolgten jugendpolitischen Ziele in Deutschland bedarf im Grunde eines noch breiter organisierten Verständigungsprozesses, der die entsprechenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure über Netzwerke regelmäßig einbindet und die Übersetzung auf die lokale Ebene intensiv begleitet.

Zum Beispiel müssten die spezifische Relevanz der einzelnen gemeinsamen Zielsetzungen für die Bundesrepublik bzw. die lokale oder regionale Ebene herausgearbeitet und entsprechende freiwillige Verabredungen zur Schwerpunktsetzung, Finanzierung und Realisierung auf den unterschiedlichen Ebenen getroffen werden.

Hierfür prüfen wir derzeit, ob wir in Deutschland künftig ergänzend zur bestehenden Task-Force Fachforen einrichten sollten, die die Koordinierung der Umsetzungsaktionen auf den verschiedenen Ebenen themenspezifisch, partnerschaftlich und fachlich begleiten. Für weitere Planungen auf EU-Ebene müsste dann auch der für diesen Transferprozess benötigte Zeitbedarf verstärkt berücksichtigt werden können.

Wir regen an, dass die Europäische Kommission und die jeweiligen EU-Ratspräsidentschaften das bisherige Tempo beim Setzen neuer Instrumente und Themen künftig reduzieren. Hier kann möglicherweise der neue Teampräsidentschaftsrhythmus von 18 Monaten hilfreich sein.

Das Berichtswesen der OMK in Deutschland leidet schon seit Längerem an einer abnehmenden Beteiligungsbereitschaft. Dabei mag es eine Rolle spielen, dass Zuarbeiten wie z. B. Recherchen kein adäquater Mehrwert für die jugendpolitischen Akteure gegenüberzustellen scheint.<sup>5</sup> So wird beispielsweise kritisiert, dass es keine Möglichkeit der Einsicht in die Berichte anderer Mitgliedstaaten gebe, was das Voneinander-Lernen verhindere.

<sup>4</sup> Dieser Eindruck wird durch die Ergebnisse der Fachkräftebefragung gestützt. Nach Auffassung der meisten Befragten spielt die europäische Kooperation in der nationalen Jugendpolitik eine Nebenrolle. Am ehesten hat sie noch auf Bundesebene Fuß gefasst. Ein Viertel (26%) ist der Meinung, sie spiele dort eine wichtige Rolle. Ganz am Rande würde das Thema auf der Ebene der Bundesländer (7%) rangieren, etwas besser sehe es noch auf lokaler/kommunaler Ebene aus: 12% glauben, die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa spiele dort eine Rolle. Allerdings ist der Anteil derjenigen, die glauben, die europäische Jugendpolitik spiele gar keine Rolle auf kommunaler Ebene, mit Abstand am größten (38%). Zum Vergleich: Bundesebene (9%), Länderebene (21%).

<sup>5</sup> Siehe hierzu z. B. die Kritik des Deutschen Bundesjugendrings: „*Viel Papier und wenig Wirkung: Der Grundgedanke der OMK als Instrument der jugendpolitischen Zusammenarbeit ist von der EU-Kommission und der Bundesregierung im Jugendbereich bisher zu wenig umgesetzt worden. Sie wurde auf ein rein formales, technokratisches Berichtswesen reduziert. Anstatt den fachlichen Austausch zu den einzelnen Themen und Zielsetzungen der OMK zu beginnen und dann mit Leben zu füllen, bleiben sowohl EU-Kommission als auch die Bundesregierung auf halber Strecke und auf einer abstrakten Meta-Ebene stecken. Umsetzungsdefizite bestehen sowohl bei gemeinsamen Zielsetzungen als auch beim fehlenden fachlichen Austausch, der jetzt beginnen müsste. Dieses Problem besteht auch in anderen europäischen Ländern, das belegt der im Juli veröffentlichte Schattenbericht des Europäischen Jugendforums.*“ Quelle: Stellungnahme zur Offenen Methode der Koordinierung (OMK). Beschluss der 79. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings Berlin, 28.10.2006.

Die Syntheseberichte der Europäischen Kommission würden diese Lücke nicht füllen, zumal nicht transparent gemacht werde, nach welchen Kriterien gute Praxisbeispiele der Mitgliedstaaten für die Darstellung ausgewählt werden. Vom neuen europäischen Jugendbericht erwarten wir uns diesbezüglich Verbesserungen sowie eine administrative Entlastung der Mitgliedstaaten.

Auch sollten wir prüfen, welche weiteren Formen des grenzüberschreitenden Praxisaustausches im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung erprobt werden könnten. Bislang können wir zumindest auf einige gute Beispiele für einen internationalen, themenbezogenen Praxisaustausch mit Experten der lokalen und regionalen Fachebenen zurückblicken.<sup>6</sup>

## Europäischer Pakt für die Jugend

Es ist aus jugendpolitischer Sicht nicht hinreichend gelungen, dem Pakt in den jährlichen Berichtsverfahren zu den Fortschritten der Lissabon-Strategie größere Bedeutung zu verleihen. Der Rat der EU (Teil: Jugend) beschränkte sich seit 2007 in seinen Einlassungen zum Pakt im Wesentlichen darauf, die Staats- und Regierungschefs regelmäßig aufzufordern, ihn in seiner Bedeutung zu betonen sowie die Mitgliedstaaten zu drängen, die Zielgruppe junger Menschen in den Mittelpunkt ihrer nationalen Reformbemühungen zu stellen.

Der Europäische Jugendpakt hat als Bestandteil der erneuerten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung formell eine Brücke zu einer ressortübergreifenden Kooperation geschlagen und damit die Bedeutung der bereits im Rahmen der integrierten beschäftigungspolitischen Leitlinien verfolgten Ziele stärker hervorgehoben. Gerade im Bereich der Verbesserung der Integration junger Menschen durch schulische und berufliche Bildung engagiert sich Deutschland in besonderem Maße. Dies spiegelt sich unter anderem in der gesunkenen Jugendarbeitslosigkeit wider. Jugendpolitische Erfolge sind hier messbar, allerdings nicht der konkrete Beitrag des Europäischen Jugendpakts hierzu.

Insgesamt lassen sich die praktischen und politischen Initiativen, die der Jugendpakt in Deutschland tatsächlich ausgelöst oder beflügelt hat, nur schwer ermessen.

## Jugendpolitik als „Querschnittspolitik“

Die Bundesregierung setzt sich mit Nachdruck für die Idee einer horizontal (querschnittlich) organisierten Jugendpolitik ein.

Die Praxis zeigt, dass das Ziel der konsequenten jugendpolitischen Einmischung in alle jugendrelevanten Politikfelder kurzfristig nicht zu erreichen ist und es hier noch intensiverer Überzeugungsarbeit bedarf.

---

<sup>6</sup> Zum Beispiel in Berlin (2005) „European Youth in Action for Diversity and Tolerance“, in Leipzig (2007): „Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten – Neue Strategien der Kohäsion“, in Berlin (2008): „Webbased Youth Information 2.0“ und in Brüssel (2008): „Integration benachteiligter junger Menschen – Peer-Learning“.

Für die hierfür notwendigen nationalen Entwicklungsprozesse wäre es hilfreich, wenn es innerhalb der Europäischen Kommission künftig eine **regelmäßige** und noch engere Kooperation der Generaldirektion Bildung (**Jugend**) und Kultur mit entsprechenden Generaldirektionen wie z. B. der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit und der Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit in Jugendfragen geben könnte.

Auch wäre eine erhöhte Sichtbarkeit der Jugendpolitik dienlich, wenn die EU-Kommission künftig in die Bezeichnung der für Jugendfragen zuständigen Direktion selbst den **Jugend**-bezug ausdrücklich aufnehmen und langfristig die Kinder- und Jugendpolitik der EU insgesamt bündeln würde.

Wichtiger jedoch ist, dass die Konturen der Jugendpolitik und ihre Instrumente so geschärft werden, dass Jugendpolitik stärker als Einmischungspolitik mit eigenem Profil wahrgenommen wird.<sup>7</sup>

### Strukturierter Dialog

Der Strukturierte Dialog kann als ein weiterer guter Ansatz gesehen werden, der Mitwirkung junger Menschen an der Jugendpolitik auf europäischer Ebene einen verlässlichen und kontinuierlichen Rahmen zu geben. Er lädt junge Menschen dazu ein, ihre Anliegen auf europäischer Ebene einzubringen.

Für eine differenzierte Einschätzung der Wirkung dieses Instruments ist es noch zu früh. Aus den bisherigen Erfahrungen mit dem Strukturierten Dialog ergeben sich aber bereits einige Orientierungspunkte:

Ein Strukturierter Dialog, der sich ausschließlich auf der europäischen Ebene ereignet, ist nicht zielführend. Vielmehr sollte der Dialog schrittweise mit dem Ausbau entsprechender Beteiligungs- und Diskussionsverfahren auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene entwickelt werden. Die Bearbeitung europäischer Themen wäre in diesem Zusammenhang ein gewünschtes Nebenprodukt.

Es gilt, den Eindruck, Jugendbeteiligung würde vor allem unter PR-Gesichtspunkten inszeniert (beispielsweise während der zwei jährlichen Ministergesprächsrunden), glaubhaft zu widerlegen. Daher sollen diese Foren inhaltlich jeweils mit den Themen des Präsidentschaftsjugendevents verknüpft bleiben. Weitere Verbindungen, z. B. auch der vor- und nachbereitenden Jugendveranstaltungen auf den jeweils nationalen und regionalen Ebenen, sind äußerst wichtige Strukturelemente. Auch ist ein zeitnahes Feedback für Jugendliche von besonderer Bedeutung, um das man sich im europäischen Kontext besonders bemühen muss.

---

<sup>7</sup> Einen wirklich überzeugenden Eindruck hat keines der drei Hauptinstrumente der Zusammenarbeit (Offene Methode der Zusammenarbeit, Europäischer Jugendpakt, Querschnittspolitik) bei den Fachkräften hinterlassen. Auf die Frage nach ihrer Angemessenheit/Effizienz (Antwortmöglichkeiten: „ja, angemessen“; „teilweise“; „nein, nicht angemessen“ und „weiß nicht“) konzentrierten sich die Antworten auf die Kategorie „teilweise“ – im Falle der OMK (63%), des Jugendpakts (63%) und der Querschnittspolitik (50%). Letztere wurde in den Extremen am negativsten („nein, nicht angemessen“: 28%) bewertet (OMK: 15%, Jugendpakt 19%). Ferner fällt auf, dass sich relativ viele Befragte enthielten (ca. 15% entfielen auf „weiß nicht“). Dies weist auf einen eingeschränkten Bekanntheitsgrad der Instrumente selbst oder zumindest auf mangelnde praktische Erfahrung mit ihnen hin.

In Deutschland fehlt bislang – trotz erster Fachveranstaltungen und Expertentreffen in Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bayern – noch weitgehend das (finanzielle) Engagement der Bundesländer. Ohne dieses Engagement wird es kaum gelingen, den Dialog auch in den Jugendstrukturen vor Ort optimal zu gestalten. Daneben ist die Nutzung vorhandener Beteiligungsstrukturen in Verbänden, Ländern und Kommunen entscheidend.

Hinzu kommt, dass Zielsetzungen und Themen des Strukturierten Dialogs bislang oft noch zu unverbindlich waren und häufigen Veränderungen unterlagen. Auch ist der bisherige zeitliche Rahmen für die Realisierung des Dialogs noch zu knapp bemessen.

## Monitoring und Evaluation

Es stellt sich die Frage, mit welchen Instrumenten man künftig überprüfen kann, ob die europäische Zusammenarbeit sich weiterentwickelt oder stagniert und woran dies ggf. liegt. Dazu bieten sich in der Regel die wissenschaftliche Begleitforschung und verschiedene Formen des Monitorings an.

In der nationalen Diskussion des Themenkomplexes Monitoring bzw. Erhöhung des Verbindlichkeitsgrades der Umsetzung gemeinschaftlicher Ziele gehen die Haltungen stark auseinander. Während sich viele zivilgesellschaftliche Akteure eher für die Einführung von Kontroll- und Überwachungsinstrumenten wie Aktionspläne, Indikatoren und Benchmarks einsetzen, wird dies vonseiten der Länder und Kommunen – die Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips befürchten – im Jugendbereich eher abgelehnt. Hier gilt es, Ängste zu nehmen und die Chancen von partnerschaftlicher Zusammenarbeit auch aus anderen Politikbereichen aufzuzeigen.

Dies könnte möglicherweise dann gelingen, wenn sich das künftige Monitoring im Jugendbereich auf deutlich begrenzte und klar definierte Kernthemen über strukturierte Fachdebatten und grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch (wie zum Beispiel beim internationalen Fachkongress „Youth Information 2.0“ im Januar 2008 in Berlin oder beim internationalen Leipziger Kongress zum Thema „Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten“) bezöge.

### Frage 4:

Was sind, gemäß Ihrer Analyse, die wichtigsten sozialen, wirtschaftlichen und politischen **Herausforderungen** für die Jugend, die von der Jugendpolitik in den kommenden Jahren in Angriff genommen werden sollen?

### Antwort 4:

Die umfassenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse (Globalisierung der Märkte, demografischer Wandel, Klimawandel, Internationalisierung, Wissensgesellschaft, Wandel des Geschlechterverhältnisses, Migration sowie die aktuelle Finanzsystemkrise) erfordern eine zukunftsgerichtete Jugendpolitik. Sie stellt sich der Aufgabe, möglichst alle jungen

Menschen dabei zu unterstützen, die Kompetenzen zur Bewältigung der spezifischen Herausforderungen für sich und die soziale Gemeinschaft zu erwerben. Ohne eine Politik, die das Aufwachsen aller Kinder und Jugendlichen umfassend fördert, büßen wir die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ein. Hier liegt der Kern einer Forderung nach einer Kinder- und Jugendpolitik, die Ressortgrenzen überschreitet.

Die Bundesrepublik Deutschland als moderne Demokratie und industrielle Dienstleistungsgesellschaft benötigt in besonderem Maße gut ausgebildete, engagierte, kreative und welt-offene junge Menschen, um die Chancen, die in den aktuellen Entwicklungen liegen, nutzen zu können und um die damit verbundenen Risiken zu mindern.

Ziel der Kinder- und Jugendpolitik ist es vor diesem Hintergrund, Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen mit bester Förderung von Anfang an und guten Rahmenbedingungen für ein gerechtes und gesundes Aufwachsen zu schaffen. Jene Kinder und Jugendlichen, die unter schwierigen Lebensbedingungen aufwachsen und von Ausgrenzung bedroht sind, bedürfen einer besonderen Berücksichtigung. Dabei sind die Verbesserung der Strukturen, Förderung und Bildung, Beratung und verlässliche Netzwerke für Eltern und Kinder vorrangig.

Zur Förderung der Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen hat die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht:

- das Programm zum bedarfsgerechten Ausbau des Ganztagsschulangebots „Zukunft Bildung und Betreuung“,
- den qualitäts- und bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung,
- das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr,
- das Programm Schulverweigerung – „Die zweite Chance“,
- das Programm „Freiwilligendienste machen kompetent“,
- den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“,
- das Programm „JiVE Jugendarbeit international – Vielfalt erleben“ zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch internationale Jugendarbeit.

Der gesellschaftspolitische Nutzen dieser jugendfördernden Maßnahmen liegt neben der individuellen ganzheitlichen Persönlichkeitsbildung darin, die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen von Jugendlichen deutlich zu verbessern und die Jugendarbeitslosigkeit weiter nachhaltig zu senken. Jugendliche ohne Schulabschluss bleiben eine besonders wichtige Zielgruppe. Sie können von der Anfang des Jahres beschlossenen, umfassenden Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung „Aufstieg durch Bildung“ profitieren, unter deren Dach eine Vielzahl von Initiativen und Maßnahmen gebündelt ist, welche darauf abzielen, Bildungschancen zu stärken und Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen.

Beispiele für einzelne Maßnahmen der Bundesregierung im Beschäftigungs- und Qualifizierungsbereich sind:

- der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland,
- die Einstiegsqualifizierung Jugendlicher als Brücke in die Berufsausbildung, Jobstarter, Job4000,
- die befristete Einführung eines Ausbildungsbonus als Anreiz für Arbeitgeber, für junge förderungsbedürftige Menschen, die sich seit Längerem erfolglos um eine Ausbildung bemüht haben, einen zusätzlichen Ausbildungsplatz einzurichten,

- | die befristete Ausweitung der Berufsorientierung und die befristete Einführung einer Berufseinstiegsbegleitung zur individuellen Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, die Schwierigkeiten beim Erreichen des Schulabschlusses und beim Übergang in die Berufsausbildung haben,
- | die Jugendmigrationsdienste,
- | die Programme „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ in der Sozialen Stadt,
- | das Programm „Perspektive Berufsabschluss“,
- | „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“,
- | „Kompetenzagenturen“ – zur beruflichen Integration,
- | der „Girls’ Day – Mädchen-Zukunftstag“ zur beruflichen Orientierung und zur Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen.

Eine Reihe der genannten Maßnahmen kann durch die Nutzung des ESF realisiert werden.

Eine zentrale Voraussetzung für die soziale Integration junger Menschen ist es, sie dabei zu unterstützen, sich eine stabile wirtschaftliche Perspektive aufzubauen.

Zur heutigen gesellschaftlichen Realität gehört die durch Migration und Internationalisierung entstandene ethnisch-kulturelle Diversität. Das Nebeneinander verschiedener religiöser Orientierungen und Weltanschauungen und daran geknüpfter sozialer Lagen und Lebensweisen verlangt den kompetenten, kommunikativen und respektvollen Umgang mit dieser Vielfalt. Dies als Chance zu begreifen, muss erlernt werden. Soziale Ungleichheit, Diskriminierung und Benachteiligungen sind mit demokratischen Werten nicht zu vereinbaren. Es gilt insbesondere, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ausgrenzung von jungen Einwanderinnen und Einwanderern durch den Abbau von Bildungs- und Ausbildungsbarrieren wirksam zu bekämpfen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat daher im Rahmen der Initiative „Zivilengagement“ ein Programm aufgelegt, das Migrantenselbstorganisationen begleitet und qualifiziert, um sich als interkulturelle Trägerorganisationen der Jugendfreiwilligendienste zu professionalisieren und zugleich ein fachgerechtes Freiwilligenmanagement für Jugendliche mit unterschiedlichem Migrationshintergrund aufzubauen.

Die Bundesregierung setzt auf Fortsetzung und Verstetigung des Einsatzes der Jugendpolitik für Demokratie und Toleranz. Ziel ist es, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Achtung der Menschenwürde zu fördern und jede Form von Extremismus zu bekämpfen. In der Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie liegt eine besondere Aufgabe des Bundes in der Darstellung gelingender Praxis, in der befristeten Förderung besonders innovativer Projekte und darin, die gesellschaftliche Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements zu unterstreichen.

Mit dem 2007 aufgelegten Programm „VIELFALT TUT GUT – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, welches vorrangig im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt ist, der Bewusstseinsbildung dient und auf langfristige Wirkungseffekte ausgerichtet ist, werden daher in Anknüpfung an die Umsetzungserfahrungen mit dem Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitis-



mus“ lokale Aktionspläne in kommunaler Verantwortung gefördert, herausgehobene modellhafte Maßnahmen unterstützt sowie auf Bundesebene zusätzliche Orte zentraler gesellschaftlicher Kommunikation über Vielfalt und Toleranz geschaffen.

Nicht zuletzt geht es darum, junge Menschen zu ermuntern, die Verantwortung für die künftige gesellschaftliche Entwicklung und politische Gestaltungsprozesse zu übernehmen. Viele Jugendliche haben aber das Gefühl, nicht mitreden zu können. Daher wird die Bundesregierung auch weiterhin Jugendorganisationen dabei unterstützen, auf Jugendliche zuzugehen, sie angemessen in politische Gestaltungs-, Umsetzungs- und Evaluierungsprozesse einbeziehen und immer wieder auch beispielhafte neue Foren gesellschaftlicher Beteiligung zu erproben.

Die Bundesregierung wird sich weiterhin für eine Politik der wirksamen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen engagieren. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten wird sie Strukturen unterstützen, die es jungen Menschen ermöglichen, demokratische Grundhaltungen und Partizipationskompetenz zu erwerben bzw. zu festigen.

Das „Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung“ stellt dafür ein gutes Beispiel dar. Es beinhaltet die Förderung vielfältiger Projektbausteine, wie z. B. die Projektreihe „Come in Contract“. Hier handeln Jugendliche Verträge mit Politikern und anderen Entscheidungsträgern aus und kontrollieren nach einem ebenfalls vereinbarten Rahmen auch deren Umsetzung.

Ein zweites Beispiel ist die Weiterentwicklung des Europäischen Freiwilligendienstes (EFD) in Deutschland. Nach Erkenntnissen der nationalen Evaluation von JUGEND 2000–2006 lag der Anteil von Jugendlichen mit Zuwanderungshintergrund unter den Teilnehmenden bei lediglich 2%. Im Rahmen des Projekts „JiVE“ wird daher unter anderem untersucht, welche Zugangsbarrieren für diese Bevölkerungsgruppe bestehen und wodurch man den Anteil von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte am Europäischen Freiwilligendienst und anderen internationalen Begegnungsmaßnahmen anheben könnte.

Im Rahmen von Medienworkshops (Lobbywerkstätten), in denen Jugendliche von Medienprofis Tipps zur Umsetzung von eigenen Projektideen bekommen, werden die Teilnehmenden dazu animiert, die eigenen Meinungen und Interessen in den Fokus der Öffentlichkeit zu stellen und umzusetzen.

Alle hier eingebrachten Vorschläge setzen aus deutscher Sicht voraus, dass auch die EU bei der Definition der Altersgrenzen ihrer jugendpolitischen Aktivitäten noch flexibler wird. Eine Politik für das gelingende Aufwachsen von Kindern sollte zumindest langfristig integraler Bestandteil der europäischen jugendpolitischen Agenda werden.



## Frage 5:

Welches sind die **Herausforderungen** auf europäischer Ebene? Was könnten die **Prioritäten** eines zukünftigen EU-Kooperationsrahmens im Bereich der Jugend sein, um sich diesen Herausforderungen zu stellen?

## Antwort 5:

Nach Einschätzung der Bundesregierung ähneln sich die – in Antwort 4 beschriebenen – sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen mehr oder weniger in allen 27 Mitgliedstaaten. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich bei genauerer Betrachtung einzelne Länderprofile erstellen ließen, die sowohl Gemeinsamkeiten als auch Besonderheiten hinsichtlich der jugendpolitischen Herausforderungen, Problemlagen und Herangehensweisen aufweisen würden. Auf europäischer Ebene kommt die zentrale Aufgabe hinzu, die europäische Integration voranzubringen.

Die Frage nach den künftigen Themenfeldern ist von hoher Bedeutung. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Strategie, der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa durch eine kontinuierliche Erweiterung des thematischen Spektrums und der Programmatik mehr Geltung in den Mitgliedstaaten zu verschaffen, in Deutschland nicht greift. Im Gegenteil, Behörden und Jugendverbände geraten zunehmend außer Atem beim Versuch, die mit hohen Ansprüchen versehenen jugendpolitischen Initiativen der EU innerhalb der gegebenen nationalen Zuständigkeiten und Ressourcen zu sondieren und umzusetzen. Frustration, Überforderung und Ermüdung machen sich breit. Es ist daher an der Zeit zu reflektieren, ob die gegenwärtige Praxis, nahezu jedes jugendpolitisch relevante Thema auch zum Gegenstand der europäischen Zusammenarbeit zu machen oder machen zu wollen, zielführend ist.

Grundsätzlich gilt: Die Verantwortung für die Gestaltung förderlicher Bedingungen für das Aufwachsen junger Menschen – für eine integrierte Jugendpolitik – liegt primär in den Mitgliedstaaten. Dies ist sinnvoll, denn die Herausforderungen müssen zuerst lokal und regional bewältigt werden. Es geht aber auch zunehmend darum, die komplementäre, unterstützende Rolle der jugendpolitischen Zusammenarbeit in der EU – z. B. durch Förderung der Mobilität junger Menschen und den Austausch guter Praxis in den Mitgliedstaaten – zu verdeutlichen und hiermit zu verknüpfen.

Mit einer stärker praxisorientierten Fokussierung der europäischen Zusammenarbeit könnte mehr Aufmerksamkeit bei jungen Menschen erzielt werden. Im Rahmen des Voneinander-Lernens und des Fachkräfteaustausches sollten auch auf EU-Ebene die jugendpolitischen Schlüsselthemen „Beteiligung“, „Freiwilliges Engagement“ und „Information“ weiter begleitet werden.

Die Aktivierung junger Menschen bleibt von hoher Bedeutung, sowohl für den weiteren Integrationsprozess der EU als auch für die zivilgesellschaftliche Entwicklung in den Mitgliedstaaten.

Gleichzeitig sollten die existenziellen Belange junger Menschen, d. h. deren soziale und berufliche Integration und damit die Themen Bildung, Ausbildung, Beschäftigung und Autonomie (im Sinne selbstbestimmter Lebensführung) weiter verfolgt werden.<sup>8</sup>

Im Rahmen des Konsultationsprozesses wurde von mehreren Akteuren die Erweiterung der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich auf die Zielgruppe Kinder vorgeschlagen. Die Bundesregierung kann diese Forderung aus fachlicher Perspektive gut nachvollziehen. Auch in der nationalen Politikgestaltung ist der Übergang von der Kinderpolitik zur Jugendpolitik fließend. Um den Entwicklungsprozess der „europäischen Jugendpolitik“ nicht zu überfrachten, sollten diese Überlegungen zurzeit noch zurückgestellt werden.

### Frage 6:

In Anbetracht Ihrer Analyse der Vergangenheit und der zukünftigen Herausforderungen: Welche Innovationen und verbesserten Instrumente könnten in den kommenden Jahren entwickelt werden? Welche Instrumente wären für welche Priorität geeignet? Welche Hilfsmittel könnten ins Auge gefasst werden, um die Effizienz der Zusammenarbeit zu verbessern?

### Antwort 6:

#### Resümee:

- a) Am jugendpolitischen Mehrwert sowie an der Effizienz und Wirksamkeit der OMK werden trotz ihrer unbestrittenen Verdienste immer noch die – bereits in den Antworten auf die Fragen 1–3 vorgetragenen – Zweifel angeführt. Insbesondere gelingt der Transfer von guter Praxis zwischen den Mitgliedstaaten nur begrenzt.
- b) Der Europäische Jugendpakt führte im Ergebnis zur erleichterten Zugänglichkeit von ESF-Mitteln für arbeitsmarktnahe jugendpolitische Projekte und gab dem EU-Jugendprogramm neuen Rückenwind. Es fehlt aber immer noch an einer sichtbaren Verbindung von OMK und Jugendpakt. So erscheint der Europäische Jugendpakt oft noch als ein „Abstraktum“ ohne erkennbare Auswirkungen für die Jugendlichen vor Ort.

<sup>8</sup> Die Fachkräfte wurden auch nach denjenigen Themenfeldern gefragt, die künftig im Fokus der jugendpolitischen Kooperation stehen sollten. Die Frage lautete: „Welche vorrangigen Themen schlagen Sie für die künftige jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa vor?“ Es bestand die Möglichkeit, bis zu fünf Themen zu markieren. Sehr deutlich tritt hier das Thema Bildung in den Vordergrund. Die Kooperation der Mitgliedstaaten sollte nach Ansicht der Fachkräfte in erster Linie mit dazu beitragen, die Bildungschancen junger Menschen zu verbessern. Drei Viertel der Befragten (74%) setzen sich dafür ein. Mit deutlichem Abstand folgt als zweite Priorität der interkulturelle Dialog (46%) als Handlungsfeld europäischer Jugendpolitik. An dritter Stelle rangiert die Förderung von Jugendlichen mit geringen Startchancen (40%). Interessant ist, dass auch im europäischen Kontext das Thema Ökologie als Thema der Jugendpolitik relativ weit oben angesiedelt ist. Ein gutes Drittel (35%) der Befragten hat diesen Bereich markiert. Auch bei den Themen Jugendarbeitslosigkeit/prekäre Beschäftigung (32%), Rassismus/Fremdenfeindlichkeit (30%), Migration (29%) und Freiwilliges Engagement (28%) wird europäische Jugendpolitik verstärkt in der Verantwortung gesehen. Im Mittelfeld stehen die Themen Multiethnische/-religiöse Gesellschaft (25%), Autonomie (24%), Armut (21%) und Austausch guter Praxis 20%. Auf den hinteren Rängen rangieren Mobilität (13%), Frühe Förderung (11%), Diskriminierung von Frauen und Mädchen (9%) und Bevölkerungsentwicklung (9%). Nur noch jeder Zwanzigste (5%) ist der Auffassung, dass Gesundheit oder Jugendgewalt Themen der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich sein sollten. Noch weniger Befragte sind der Ansicht, dass Drogenmissbrauch (3%), Gewalt in der Familie (1%) oder Kriminalität (1%) vorrangig in den jugendpolitischen Fokus der EU genommen werden sollten. Siehe zu den Ergebnissen auch die Grafik am Ende des Dokuments.

- c) Der Strukturierte Dialog steckt noch in den Anfängen. Diesen partnerschaftlichen Dialog gilt es vor allem noch auf regionaler und lokaler Ebene durch Förderung und Austausch guter Praxis anzustoßen. Er muss für eine breitere Beteiligung junger Menschen geöffnet und mit den jugendpolitischen Zielsetzungen auf EU-Ebene noch deutlicher verbunden werden.
- d) Die Verankerung von Jugendpolitik als ressortspezifische sowie als sektorübergreifende Politik ist noch nicht hinreichend gelungen.
- e) Die in den vergangenen Jahren erfolgte Ausweitung der jugendpolitischen Agenda der EU und die kleinteilige Ausdifferenzierung von Zielvorgaben beschränkte die Verständlichkeit und Attraktivität europäischer Jugendpolitik und verlangsamte den Fortschritt bei der regionalen und lokalen Umsetzung.
- f) Die Möglichkeit der gemeinsamen Schwerpunktsetzungen in den EU-Teampräsidenschaften sollte als Strukturinstrument auch für den Dialog mit der Jugend durch den Rat und die Kommission künftig noch stärker genutzt werden. Die Planung des gesamten neuen Systems der Zusammenarbeit inklusive aller Elemente des Strukturierten Dialogs auf EU-Ebene (Jugendevents der Präsidenschaften, Jugendwoche, Foren am Rande der Ratssitzungen) sollte dem 18-Monats-Rhythmus entsprechen.

### Vorschlag:

Grundlage in der nächsten Phase der Zusammenarbeit sollte ein transparentes, schlankes und wirksames Instrumentarium sein, das für junge Menschen in Europa relevante Zukunftsthemen exemplarisch (Kernziele) bearbeitet. Diese vom Rat der EU aktuell zu vereinbarenden Zukunftsthemen sollten gleichzeitig

- Grundlage der politischen Arbeitsplanung des Rates werden,
- ausschließlicher Gegenstand aller noch notwendiger Berichterstattung aus den Mitgliedstaaten werden,
- ausschließlicher Gegenstand eines integrierten Peer-learning zwischen den Mitgliedstaaten werden,
- Gegenstand des Europäischen Jugendberichts werden.

Im Mittelpunkt steht, die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich dahingehend zu stärken, die Mitgliedstaaten in ihren Anstrengungen zu unterstützen, jungen Menschen eine gute Lebensperspektive in der Europäischen Union zu geben. Die Stärkung des aktiven Zivilengagements und der Kompetenzen zur Bewältigung des aktuellen gesellschaftlichen Wandels stehen dabei im Vordergrund. Ein regelmäßiger Europäischer Jugendsurvey könnte eine zuverlässige Datengrundlage für politische Planungen auf europäischer Ebene darstellen.

#### a) Verknüpftes neues Instrument

In der Verknüpfung der OMK – eines komplexen Verfahrens mit begrenzter politischer Sichtbarkeit – mit dem Europäischen Jugendpakt – einem politischen Themenkatalog ohne

jugendpolitisches Instrumentarium – könnte nach Auffassung der Bundesregierung eine zentrale Chance zur Neujustierung der jugendpolitischen Zusammenarbeit im EU-Rahmen liegen. Beide Instrumente könnten so in ihrer Wirkung für junge Menschen gestärkt werden (**„Zusammenfügen, was zusammengehört“**).

Damit verbindet sich die Erwartung, Effektivität und Effizienz der jugendpolitischen Zusammenarbeit zu verbessern, d. h. sicherzustellen, dass die neu zu definierenden Ziele mit den eingesetzten Verfahren tatsächlich erreicht und gleichzeitig Aufwand und Ertrag in ein angemessenes Verhältnis zueinander gebracht werden.

Entlang der Schnittstellen der OMK-Handlungsfelder und der politischen Themen des Jugendpakts könnten konkrete Kernziele unter Nutzung des Strukturierten Dialogs erarbeitet, von der Kommission als vorrangige Themen vorgeschlagen und vom Rat festgelegt werden. Allein auf diese Prioritäten sollten sich in einem überschaubaren Zeitrahmen künftige Berichterstattungen der Mitgliedstaaten beschränken. Im Kern sollte es künftig um ein stärker exemplarisches Zusammenarbeiten gehen (**„Weniger ist mehr“**). Zur Verbesserung der Verbindlichkeit der Zusammenarbeit könnten einige der Kernziele (z. B. bis zu fünf) in ein Monitoringverfahren aufgenommen werden.

Kernziele, insbesondere diejenigen im Monitoring, sollten geeignet sein, Signalwirkungen für die Bedeutung einer breiten jugendpolitischen Zusammenarbeit zu entfalten und junge Menschen dafür zu interessieren, sich an einer nachhaltigen Debatte zu diesen jeweils aktuellen Kernthemen zu beteiligen.

Die Kernziele sollten durch die folgenden beiden – für die Jugendpolitik in Europa grundlegenden horizontalen Ziele – weiter zugespitzt werden:

- Förderung der **Mobilität** junger Menschen und von Fachkräften (Art. 149 EGV),
- Förderung des **sozialen Zusammenhalts**: Junge Menschen mit Benachteiligungen als vorrangige Zielgruppe (Beitrag der Jugendpolitik zu Art. 2 EGV).

#### b) Praxisaustausch, Strukturierter Dialog und Europäischer Jugendbericht

Im Einklang mit den Beschlüssen des Rates sollte die Kommission konkrete Vorschläge für die Etablierung eines **Austauschrahmens** für regionale und lokale Praxis vorlegen. Dieser könnte durch das EU-Jugendprogramm unterstützt, als Kooperationen von einzelnen Mitgliedstaaten dezentralisiert und in thematischen Lernclustern organisiert werden.

Auf EU-Ebene würden Elemente zur Vorbereitung, Durchführung und Evaluierung der Peer-learning-Angebote erarbeitet, um so auch eine enge Verbindung von praktischem Erfahrungsaustausch und Politikentwicklung zu halten.

Bilaterale Austauschprogramme und multilaterale Jugendbegegnungsprogramme der Mitgliedstaaten könnten einbezogen werden, um Synergieeffekte zu erzielen.

Multiplikatoren sind für die jugendpolitische Zusammenarbeit im EU-Rahmen von zentraler Bedeutung. Entsprechende Qualifikationsmaßnahmen sollten künftig verstärkt werden.

Der **Strukturierte Dialog** soll letztendlich die aktive Bürgerschaft junger Menschen in Europa stärken. Mit seiner Hilfe sollte es gelingen, die aktuellen jugendpolitischen Themen laufend mit der Lebenswirklichkeit junger Menschen in Europa abzugleichen.

Der **Europäische Jugendbericht** soll helfen, Transparenz bzgl. des Erreichten zu schaffen und Indikatoren für künftige politische Schwerpunktsetzungen zu liefern. Dabei gilt es, drei Quellen zu nutzen:

- Berichterstattungen aus den Mitgliedstaaten;
- politische Schlussfolgerungen aus den in den Lernclustern gewonnenen Erkenntnissen sowie
- Erkenntnisse aus einem zu etablierenden Europäischen Jugendsurvey und der darüber hinausgehenden wissenschaftlichen Zusammenarbeit in Jugendfragen.

Hierzu muss der Jugendbericht als wissens- und datenbasierte Grundlage politischer Strategieentwicklung konzipiert werden, insbesondere durch Bestandsaufnahme der heterogenen Lebensverhältnisse, jugendpolitischer Herausforderungen und der jugendpolitischen Infrastruktur in den Mitgliedstaaten und ihren Regionen mittels des Jugendsurveys. Vergleiche im Zeitverlauf sollen ermöglicht werden.

Die Auswertung von nationalen Berichten und einzelne Jugendbefragungen könnten durch einen Forschungsauftrag an eine multinationale Jugendforschergruppe ergänzt und die Steuerung der Forschung einem wissenschaftlichen Beirat übertragen werden. Der Rat der EU sollte jeweils Gelegenheit zu einer Stellungnahme erhalten.

Neben standardisierten Elementen sollte der Bericht künftig grundsätzlich **ein** vom Rat der EU beschlossenes Schwerpunktthema behandeln und die entsprechenden Daten aufbereiten.

Die nationalen Berichterstattungspflichten und somit der Verwaltungsaufwand in den Mitgliedstaaten sollten auf diesem Weg minimiert werden.

## II.

### Fragen zur Erreichung der gemeinsamen Ziele für ein besseres Verständnis und eine bessere Kenntnis der Jugendlichen

#### Frage 1:

Beschreiben Sie bitte die nationale Situation zum Zeitpunkt der Annahme der gemeinsamen Ziele zum besseren Verständnis und zur besseren Kenntnis der Jugendlichen im Jahre 2004 (Ausgangspunkt).

#### Antwort 1:

Die Ausgangslage in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2004 lässt sich anhand von drei Aspekten skizzieren: Erstens die Strukturen, die zu diesem Zeitpunkt bestanden, um Jugendliche besser zu verstehen; zweitens die wesentlichen Akteure der Jugendforschung und drittens die zentralen Methoden und Verfahren, mit denen Wissen über Jugendliche und deren Lebenssituation erzeugt wurde.

**Struktur:** Jugendforschung präsentierte sich in Deutschland 2004 – und daran hat sich bis zum heutigen Zeitpunkt nichts geändert – als ein breites und hochdifferenziertes Netz unterschiedlicher Forschungseinrichtungen mit vielfältigen Forschungsschwerpunkten. Neben der Forschung an Hochschulen befassen sich öffentliche und öffentlich geförderte Institutionen sowie private Einrichtungen mit Fragen der Jugend- und Sozialforschung.

**Akteure:** Die Zahl der Akteure belief sich im Jahr 2004 auf 4.000 bis 5.000 Jugendforscherinnen und -forscher im weitesten Sinne und auf über 1.000 Jugendforscherinnen und -forscher im engeren Sinne. Die Mindestzahl der 2004 in der Jugendforschung tätigen Institutionen kann mit 70 angegeben werden. Eines der zentralen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute ist das Deutsche Jugendinstitut e. V. (DJI), das mit ca. 140 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Zweck verfolgt, Erkenntnisse über die Situation junger Menschen und Ergebnisse im Bereich der Jugend-, Familien- sowie der Sozial- und Bildungsforschung zu sammeln, zu erweitern und zu verbreiten.

**Methoden:** Die Methoden und Verfahren, mit denen in der Bundesrepublik Deutschland das Wissen über die Jugend vertieft und aktualisiert wird, waren und sind vielfältig. Neben den amtlichen Statistiken und diversen Surveys sind hier insbesondere die Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung zu nennen. Die amtlichen Statistiken stellen Daten zu Bildung, Gesundheit, Bevölkerungsentwicklung, Arbeitslosigkeit, Nutzung sozialstaatlicher Angebote bereit. Mithilfe verschiedener Befragungen und quantitativer und qualitativer

Studien sollen darüber hinaus subjektive Vorstellungen, Meinungen und Werte sowie objektive Lebensumstände der Jugendlichen erfasst werden. Als Beispiele seien hier der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts ([www.dji.de](http://www.dji.de)), die Shell-Jugendstudie ([www.shell.com](http://www.shell.com)) und das Sozio-Ökonomische Panel (SOEP; [www.diw.de](http://www.diw.de)) genannt.

Von großer Relevanz für den jugendpolitischen Fachdiskurs und den politischen Beratungsprozess sind ferner die Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung. In jeder Legislaturperiode, also alle vier Jahre, legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag (Parlament) und dem Bundesrat (Ländervertretung) einen Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe vor. Neben der Bestandsaufnahme und Analyse sollen die Berichte Vorschläge zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe enthalten. Sie werden von einer unabhängigen Sachverständigenkommission erarbeitet und zusammen mit einer Stellungnahme der Bundesregierung veröffentlicht. Jeder dritte Bericht soll einen Überblick über die aktuelle Gesamtsituation der Jugendhilfe vermitteln. Der zuletzt fertiggestellte 12. Kinder- und Jugendbericht befasste sich mit dem Thema „Bildung und Erziehung außerhalb der Schule“. Derzeit befindet sich der 13. Bericht zum Thema „Gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe“ (Arbeitstitel) in Arbeit. Vielerorts werden auch auf regionaler und kommunaler Ebene Jugendberichte im Auftrag der zuständigen Behörden erstellt. Dies ermöglicht sowohl eine zielgenaue Beschreibung von Problemen junger Menschen vor Ort als auch die Bestimmung lokaler Handlungsempfehlungen.

Der Deutsche Bundesjugendring betont, dass die Erweiterung des Wissens über die Jugend und ihre Lebenssituation nicht auf die akademische oder institutionelle Forschung begrenzt ist. Vielmehr verfügen die Jugendverbände über ein breites Netzwerk mit Angeboten und Informationen für Jugendliche. Zusammen mit Erfahrungsberichten und Analysen bietet dies zusätzliche Möglichkeiten, sich über Jugendarbeit, Meinungen von Jugendlichen und aktuelle Entwicklungen im Jugendbereich zu informieren. Diese Erkenntnisse werden über eine Vielzahl von Publikationen und Internetangeboten verbreitet.

## Frage 2:

Welche Maßnahmen wurden getroffen, um den Wissensstand im Jugendbereich festzustellen, zu gliedern, zu ergänzen und regelmäßig zu aktualisieren? Welche Maßnahmen wurden getroffen, um den Zugang zu Forschung in folgenden und weiteren Prioritätsbereichen des Jugendsektors zu erleichtern: Partizipation, Information und Freiwilligentätigkeit, Autonomie, nicht formales Lernen, Abbau von Diskriminierungen, Bildung & Ausbildung, Beschäftigung, Unternehmergeist, Kreativität, Übergang von Ausbildung in Beschäftigung, soziale Integration und Gesundheit?

- a) Zeigen Sie bitte konkrete Ergebnisse auf (Statistiken im Jugendbereich, quantitative Erhebungen, Datenerfassung und Datenbanken, Meinungsumfragen, regelmäßige Berichte, Webseiten zur Jugend).
- b) Denken Sie, dass die gemeinsamen Ziele geholfen haben, die erwarteten Ergebnisse zu erzielen und ein einheitliches Wissensgebiet mit zuverlässigen und verfügbaren Daten zu schaffen?



## Antwort 2:

Wichtige Beiträge zur Erweiterung des Wissenstandes im Jugendbereich kommen aus dem autonomen Wissenschafts- und Forschungssystem – sowohl aus dem Bereich der Hochschulforschung als auch dem Bereich der außeruniversitären Forschung. Diese entscheiden eigenverantwortlich über Themenstellungen und Themenschwerpunkte auch in der Kinder- und Jugendforschung und unterliegen keiner staatlichen Weisungsbefugnis, Aufsicht oder Rechenschaftspflicht.

Darüber hinaus werden von staatlichen Stellen Forschungsaufträge im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten in Auftrag gegeben. Diese Stellen organisieren die von ihnen in Auftrag gegebenen Forschungsarbeiten unabhängig und eigenverantwortlich. Die Ministerien der Bundesregierung informieren sich wechselseitig über Forschungsvorhaben im Rahmen der Forschungs-Frühkoordinierung und des Dakor-Informationssystems.

Wichtige Fortschritte wurden in den vergangenen Jahren nicht zuletzt bei der Erhebung und Auswertung statistischer Daten erzielt. Dies gilt insbesondere für die statistischen Erhebungen im Rahmen von Bevölkerungsstatistik und Demografie, im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik und des Mikrozensus einschließlich der europäischen Arbeitskräfteerhebung sowie im Rahmen der Statistiken zu Armut und Lebensbedingungen (EU-SILC). Die Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, die mit dem Deutschen Jugendinstitut verbunden ist und sich um die Gestaltung und Auswertung der kinder- und jugendbezogenen statistischen Daten kümmert, wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert ([www.akjstat.uni-dortmund.de](http://www.akjstat.uni-dortmund.de)).

Zwischen Bund und Ländern kann über Forschungsvorhaben zu Kinder- und Jugendangelegenheiten im Rahmen der halbjährlich stattfindenden Konferenzen der für Jugendpolitik zuständigen Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter von Bund und Ländern informiert und diskutiert werden.

Es gehört zu den Aufgaben des von Bund und Ländern geförderten Deutschen Jugendinstituts, die einschlägige Forschungslandschaft zu beobachten und die interessierten Stellen, insbesondere die Behörden in Bund und Ländern, bei Bedarf über Stand und Entwicklung im Bereich der Kinder- und Jugendforschung zu informieren. Wie in der Antwort auf Frage 1 dargelegt, ist die Jugendforschung in der Bundesrepublik Deutschland gut aufgestellt und produziert eine Fülle von Erkenntnissen zu nahezu allen Fragen, die junge Menschen und ihre Lebenssituation betreffen.

Über laufende Forschungsprojekte im Bereich der autonomen Sozialwissenschaften können sich alle Interessierten mittels verschiedener Informationssysteme unterrichten (Informationszentrum Sozialwissenschaft (IZ), Bonn). Einen guten – obzwar nicht vollständigen – Überblick über die geplanten, laufenden und in den vergangenen zehn Jahren abgeschlossenen Forschungsarbeiten im Bereich Jugend erhält man z. B. über das Sozialwissenschaftliche Forschungsinformationssystem (SOFIS; <http://www.gesis.org/Information/foris/index.htm>).



Auch die Internetseiten zahlreicher Forschungsinstitute wie z. B. die des Deutschen Jugendinstituts (dji.de) oder des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (iss-ffm.de) informieren über ihre aktuellen Untersuchungen. Wesentliche Forschungsaktivitäten in den Feldern „Partizipation, Information und freiwilliges Engagement Jugendlicher“ wurden bereits im Rahmen der entsprechenden Nationalen Umsetzungsberichte dokumentiert.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass diese Forschungsarbeiten in aller Regel ohne direkten Bezug auf die EU-Zielsetzungen initiiert und durchgeführt wurden. Ein substanzieller Einfluss der gemeinsamen Zielsetzungen auf die jüngere Entwicklung der Jugendforschung in der Bundesrepublik ist nicht erkennbar.

### Frage 3:

Welche angemessenen Instrumente und Methoden sind entwickelt worden, um Verständnis und Kenntnis im Jugendbereich zu verstärken und die Verwertung von Ergebnissen zu erleichtern?

- a) Methoden zur Qualitätssicherung?
- b) Maßnahmen (Erfahrungsaustausch, Unterstützung von Mobilität, Aufbringen von Mitteln usw.) zur Förderung von Aus- und Weiterbildung von Jugendforschern und Experten – insbesondere jüngerer – sowie anderer Akteure, die das Wissen im Jugendbereich weiterentwickeln?
- c) Methoden zur Bewertung von Ergebnissen (zum Beispiel Indikatoren, Statistiken)?

### Antwort 3:

Jugendstudien unterliegen in Deutschland der öffentlichen fachlichen und wissenschaftlichen Diskussion sowie den üblichen Verfahren der Qualitätsbeurteilung. Eine darüber hinausgehende allgemeine und standardisierte Überprüfung der Qualität von Untersuchungen findet nicht statt. Geeignete Fachauskünfte können bei Bedarf im Einzelfall eingeholt werden (z. B. ZUMA, Mannheim). Auch findet im Rahmen der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekte eine regelmäßige methodische Kontrolle durch Peer-Reviews statt.

Wie in anderen Disziplinen ist auch in der Bildungs-, Kinder- und Jugendforschung der kritische Dialog, die methodische Auseinandersetzung mit vorgelegten Forschungsergebnissen konstitutives Merkmal von Wissenschaftlichkeit. In der Art und Organisation dieses Dialogs unterscheidet sich die Jugendforschung kaum von den anderen Forschungsfeldern – mit wissenschaftlichen Publikationen, mit Tagungen, Konferenzen und Kongressen, mit Beiräten und Beratungsgremien für Praxis und Politik. Sachverständige werden in der Regel in Forschungsprojekte eingebunden, indem sie in regelmäßigen Beiräten zu Forschungsprojekten mitarbeiten und zu Auswertungs-Workshops herangezogen werden und so zur Politikberatung (Programmplanung, Gesetzgebungsverfahren etc.) beitragen. Mit der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe (AGJ) gibt es in Deutschland ein institutionalisiertes Netzwerk, das den regen Austausch aller an Jugendpolitik und Jugendforschung Beteiligten gewährleisten soll.

Darüber hinaus existieren Forschungsnetzwerke, die zum Teil durch Finanzmittel des Bundes gestützt werden. Junge Forscherinnen und Forscher werden in der Jugendforschung in verschiedenen Hinsichten in die wissenschaftliche Arbeit eingebunden, insbesondere mittels der wissenschaftlichen Weiterbildung, finanziellen Förderung, Einbindung in Forschungsprojekte und Forschungsnetzwerke sowie durch die Gewährung von Forschungsaufenthalten im Ausland.

### Frage 4:

Wie sind Austausch und strukturierter Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren im Hinblick auf die Erlangung eines besseren Verständnisses und besserer Kenntnis der Jugend organisiert worden?

- a) Sind ständige nationale Netzwerke zwischen Entscheidungsträgern, Forschern, Jugendlichen und ihren Organisationen geschaffen oder weiterentwickelt worden?
- Wenn ja, wie sind diese Netzwerke strukturiert und wie werden sie unterstützt? Wie arbeiten sie? Auf welche Weise trug ihre Arbeit dazu bei, die Sichtbarkeit der Resultate ihrer Arbeit zu gewährleisten und zukünftige Bedürfnisse zu antizipieren?
  - Wenn nicht, gibt es eine Strategie, solche Netzwerke zu entwickeln?
- b) Existieren andere Netze (transnationale oder interdisziplinäre Netzwerke)?

### Antwort 4:

In Deutschland ist die Jugendforschungslandschaft eher disziplinär organisiert als systematisch vernetzt. Ein umfangreiches Forschungsspektrum zu Jugendthemen bietet das Deutsche Jugendinstitut. Es bündelt die Erkenntnisse in den Forschungsfeldern Kinder, Jugend und Familie und bereitet sie für Politik- und Praxisberatung auf. Die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden lassen sich bei der Einschätzung von Forschungsergebnissen durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer Vielzahl von Gremien und Beiräten beraten. Auf Bundesebene ist vor allem das Bundesjugendkuratorium zu nennen – ein Sachverständigengremium unter Beteiligung von Forscherinnen und Forschern, das laut gesetzlichem Auftrag die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe berät. Des Weiteren bestehen innerhalb verschiedener akademischer Fachrichtungen jugendbezogene Netzwerke, so zum Beispiel innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS – Sektion Jugendforschung), innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs) und der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT).

## Frage 5:

Denken Sie, dass die Instrumente, die von der Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europarat entwickelt wurden, geholfen haben, die Zusammenstellung, Veröffentlichung und Verbreitung des Wissens über die Jugend zu organisieren und solches Wissen zu ergänzen und regelmäßig zu aktualisieren?

- a) Welche Unterstützung wurde den Korrespondenten des European Knowledge Centre for Youth Policy (EKCYC) gewährt, um ihre Aufgabe zu erfüllen (jährliche Sammlung und Aktualisierung von Informationen und Daten zur Jugendpolitik auf nationaler Ebene und Eingabe dieser Daten in die Datenbank EKCYC)?
- b) Denken Sie, dass die Aufstellung eines European Network of Youth Knowledge (EUNYK) geholfen hat, den Mitgliedstaaten einen Impuls zu geben, nationale Netzwerke zu initiieren oder weiterzuentwickeln?

## Antwort 5:

Die Position der nationalen Korrespondentin des EKCYC für Deutschland ist bei IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. angesiedelt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt die Arbeit der EKCYC-Korrespondentin im Rahmen einer bereits bei IJAB bestehenden Projektförderung.

Die Etablierung des **European Network of Youth Knowledge** als europaweites Netzwerk zur Zusammenstellung, Veröffentlichung und Verbreitung des Wissens über die Jugend wird prinzipiell begrüßt.

Nach Einschätzung des Deutschen Jugendinstituts, das im Auftrag der Bundesregierung an den Sitzungen des **European Network of Youth Knowledge** teilnimmt, blieb dieses Netzwerk bislang hinter den formulierten Erwartungen zurück. Zum einen dürfte dies auf das eingeschränkte Engagement der Mitglieder und Organisatoren zurückzuführen sein. Darüber hinaus verhindern zuweilen auch die spezifischen Strukturen in den Mitgliedstaaten – wie etwa die föderale Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland –, dass das EUNYK wirksam in Erscheinung tritt und Impulse aus dem Netzwerk in den Mitgliedstaaten rasch aufgegriffen werden. Ungeachtet dieser Schwierigkeiten unterstützten die Verantwortlichen und Mitglieder die Idee des EUNYK und wünschten sich eine effektive Initiative zur Aktivierung dieses wichtigen Netzwerkes.

## Frage 6:

Auf welche Schwierigkeiten (Verwaltungsschwierigkeiten, Mangel an Mitteln, Mangel an Infrastruktur usw.) trafen Sie bei der Umsetzung der gemeinsamen Ziele und mit welchen Zielen hatten Sie den meisten Erfolg? Haben Sie Vorschläge zur Verbesserung des Wissens über und des Verständnisses für die Jugend und wie ein konstanter Überblick über Jugendfragen erreicht werden kann?

## Antwort 6:

In der kontinuierlichen Erhebung, Ergänzung und regelmäßigen Aktualisierung des Wissens über die Lebenssituation junger Menschen besteht die Stärke der Jugendforschung in Deutschland. Die vorhandene Datenlage wird durch ein gut strukturiertes Berichtssystem erfasst und verwertet (z. B. Kinder- und Jugendberichte auf Bundes- und Landesebene, Nationaler Bildungsbericht, Schulleistungsvergleiche: PISA, IGLU). Dies umfasst in unterschiedlicher Intensität auch die in den gemeinsamen Handlungsschwerpunkten genannten Bereiche, wie etwa Partizipation, Freiwilligentätigkeit, Übergang zwischen Ausbildung und Arbeitsleben, Gesundheit oder soziale Eingliederung. Grundsätzlich tragen die verfassungsmäßig garantierte Wissenschaftsfreiheit, die Vielzahl von unabhängigen wissenschaftlichen Institutionen und Forschern sowie die Initiativen des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Wirtschaft dazu bei, das Wissen über Jugendliche zu erweitern.

Trotz eines prinzipiell guten Wissensstandes im Bereich der Jugendforschung fehlt zu einigen Sachverhalten eine verlässliche, breite Datengrundlage, zum Beispiel im Feld des non-formalen und informellen Lernens im Kindes- und Jugendalter, u. a. im Kontext von Familie oder Peers. Auch die Bildungserträge der in Deutschland institutionell eigenständigen Kinder- und Jugendhilfe und des stark ausgebauten, weitgehend autonomen Vereins- und Verbandswesens sowie des Freiwilligenbereichs sind noch nicht hinreichend erforscht. Zudem wird die Bundesregierung ihren Einfluss in der Forschungslandschaft geltend machen, um ein noch höheres Maß an Sensibilität für eine der Lebenswirklichkeit von verschiedenen Migrantengruppen angemessene Jugendforschung zu fördern.

Allerdings ist die Fortentwicklung von Forschungsschwerpunkten primär Angelegenheit des Wissenschaftssystems selbst, das nach der deutschen Verfassung einer staatlichen Steuerung und Kontrolle nicht unterliegt. Eine zentrale inhaltliche Steuerung oder Koordination von Forschungsvorhaben, die sich an gemeinsamen Zielen orientiert, ist damit in der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich.

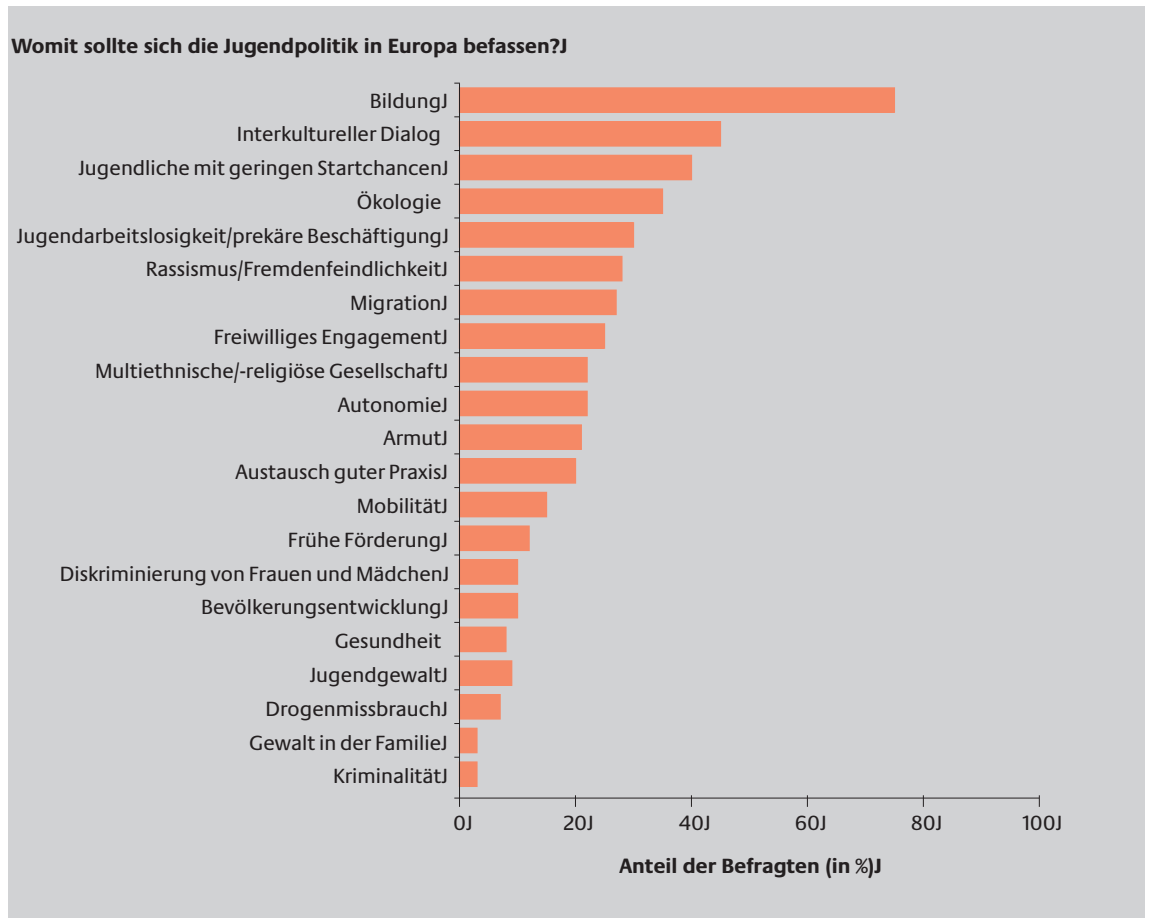
## Anhang

Online-Befragung der Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland (August 2008)

Inhalt

◀ zurück

weiter ▶



Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;  
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

**Herausgeber:**

Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend  
11018 Berlin  
www.bmfsfj.de

**Bezugsstelle:**

Publikationsversand der Bundesregierung  
Postfach 48 10 09  
18132 Rostock  
Tel.: 018 05/77 80 90\*  
Fax: 018 05/77 80 94\*  
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de  
www.bmfsfj.de

**Stand:** Dezember 2008

**Gestaltung:** KIWI GmbH, Osnabrück

**Druck:** DruckVogt GmbH, Berlin

Für weitere Fragen nutzen Sie unser  
Servicetelefon: 018 01/90 70 50\*\*  
Fax: 030 18/5 55 44 00  
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr  
E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de

\* jeder Anruf kostet 14 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz,  
abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich

\*\* nur Anrufe aus dem Festnetz, 3,9 Cent  
pro angefangene Minute